

Vorlage Nr. 74/2022		
für die Sitzung des Personal- und Organisationsausschusses.		
Beratung in öffentlicher Sitzung:	ja	Anzahl Anlagen: 0

Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Geschäftszimmerangestellten an Schulen für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt

A Problem

Das Schulamt verwaltet derzeit 75 Geschäftszimmerangestellte an insgesamt 39 Schulen. Der Bereich der Geschäftszimmerangestellten ist ein aufwachsender Bereich, da zum einen durch zusätzliche Bedarfe aufgrund des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung ein Personalaufwuchs in den Schulen gemäß der steigenden Präsenzzeit notwendig sein wird und zum anderen aufgrund der Sicherheitslage an Schulen, bedingt durch den Amokvorfall am 19.05.2022, eine Erhöhung der Stundenkontingente an Geschäftszimmern kurzfristig umgesetzt werden muss. Dieser Bedarf beläuft sich kurzfristig auf 4,6 Stellen und mittelfristig auf 21,5 Stellen.

Im Zuge der Aufarbeitung des Amokfalls am Lloyd-Gymnasium hat das Schulamt diese Bedarfe zur Bewilligung angemeldet, eine Beschlussfassung des Magistrats steht insoweit noch aus.

Darüber hinaus ist es dringend erforderlich, dass die Mitarbeitenden in den Geschäftszimmern durch das Schulamt enger betreut werden. Damit eine solide Datengrundlage und eine Einheitlichkeit an Schulen geschaffen wird, müssen die Geschäftszimmerangestellten regelmäßig geschult und begleitet werden. Eine Betreuung des Personals konnte bisher in diesem Umfang nicht gewährleistet werden.

Die im Bereich der Geschäftszimmerangestellten an Schulen notwendigen kurzfristigen und mittelfristigen Maßnahmen vergrößern den Umfang der Verwaltungstätigkeiten in der Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten erheblich. Zusätzlich wirkt sich bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Vorbereitung auf die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung an Grundschulen auf den Verwaltungsbedarf aus. Um die Bearbeitung aller Angelegenheiten des Bereichs der Geschäftszimmerangestellten an Schulen zu gewährleisten, beantragt das Schulamt für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung).

B Lösung

Vorbehaltlich einer noch ausstehenden Beschlussfassung des Magistrats sowie der Beschlussfassung des Ausschuss für Schule und Kultur, beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Ent-

geltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Geschäftszimmerangestellten an Schulen für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt.

Zum Haushalt 2024/2025 wird ein entsprechender Stellenplanantrag gestellt.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden können.

D Auswirkungen des Beschlussvorschlags

Auf der Grundlage der Personalhauptkosten von 2022 entstehen zusätzliche Personalkosten in Höhe von rund 71.000 € brutto/Jahr (1,0 Stelle, Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA) vorbehaltlich der Bewertung), die aus dem Budget des Schulamtes zu finanzieren sind.

Klimaschutzzielrelevante Auswirkungen ergeben sich nicht.

Die Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes erfolgt gendergerecht.

Auswirkungen auf ausländische Mitbürger:innen, Menschen mit Behinderungen, besondere Belange des Sports sowie eine unmittelbare Betroffenheit einer zuständigen Stadtteilkonferenz liegen nicht vor.

E Beteiligung / Abstimmung

Die Magistratskanzlei wurde seitens des Schulamtes beteiligt.

Der Ausschuss für Schule und Kultur wird in seiner Sitzung am 24.11.2022 (Vorlage Nr. IV – S 32/2022) beteiligt.

Zu gegebener Zeit sind im Rahmen der Bewertung und der Besetzung des überplanmäßigen Bedarfes die Mitbestimmungsgremien zu beteiligen.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Keine. Eine Veröffentlichung nach dem BremIFG ist sichergestellt.

G Beschlussvorschlag

Vorbehaltlich einer noch ausstehenden Beschlussfassung des Magistrat sowie der Beschlussfassung des Ausschusses für Schule und Kultur, beschließt der Personal- und Organisationsausschuss die Anerkennung eines 1,0 unbefristeten überplanmäßigen Bedarfes (Entgeltgruppe 9c TVöD (Entgeltordnung/VKA), vorbehaltlich einer Bewertung) zur Bearbeitung der Angelegenheiten der Geschäftszimmerangestellten an Schulen für die Abteilung Personal- und Schülerangelegenheiten im Schulamt.

Melf Grantz
Oberbürgermeister